

Ferre ✓

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

RWA

OBERBÜRGERMEISTER		
15. OKT. 2010		
VII	1 Zur Kls.	3 Zur Stellungnahme
to EAN	2 w.V.	4 Antwort vor Ab- sendung vorliegen
		5 Antwort zur Unter- schrift vorliegen

Kopie: Ref. V

Nürnberg, 15. Oktober 2010
Strohhacker

Modellprojekt – familienfreundlichste Wirtschaftsregion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit dem Modellprojekt Europäische Metropolregion - auf dem Weg zur familienfreundlichsten Wirtschaftsregion - stellt sich die Region Nürnberg richtigerweise dem immer stärker werdenden Wettbewerb der Regionen um Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte. Dabei hat sich die Metropolregion Nürnberg ein großes Ziel vorgenommen: Sie will familienfreundlichster Wirtschaftsstandort werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt dazu für den Ausschuss Recht, Wirtschaft und Arbeit folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung prüft, inwieweit eine Verknüpfung/ Vernetzung zwischen dem Modellprojekt „EMN - auf dem Weg zur familienfreundlichsten Wirtschaftsregion“ und den Initiatoren der Nürnberger Resolution geschaffen werden kann oder welche alternativen Möglichkeiten es gibt, die Themen und Initiatoren der Nürnberger Resolution innerhalb der Projekte des EMN - Forum „Wirtschaft und Infrastruktur“ einzubinden.
2. Die Verwaltung macht Vorschläge, wie anhand von best-practice Beispielen Unternehmen aus der EMN als Vorbilder herausgestellt werden, die nicht nur eine familienfreundliche, sondern auch eine vielfältige (im Sinne von Diversity) Personalpolitik leben und eine gemischte Führungsstruktur abbilden.
3. Die Verwaltung unterstützt das Ziel, die EMN als Wirtschaftsstandort der Familienfreundlichkeit und des Diversity Management Vorbild werden zu lassen.

- 2 -

Begründung:

Im Rahmen des Modellprojektes werden wichtige Ziele verfolgt, wie beispielsweise die Umsetzung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur. Auch Kommunen und wirtschaftsnahe Einrichtungen wollen ihr Unterstützungsprogramm und ihre Infrastruktur erweitern, damit familienbewusste Personalpolitik in der Region umgesetzt werden kann. Dabei müssen auch Rahmenbedingungen für Beschäftigte gelegt werden, die es beispielsweise ermöglichen, flexible Arbeitszeiten auch im Hinblick auf die Unterbringung ihrer Kinder zu realisieren.

Aber nicht allein die familienfreundliche Personalpolitik in einer Wirtschaftsregion ist für BewerberInnen oder das sogenannte Hi-Potentials Kriterium für die eigene Standortwahl. Vielmehr spielen für diese Frauen und Männer auch das eigene berufliche Weiterkommen und das des jeweiligen Partners sowie die gegebenen Rahmenbedingungen innerhalb der Unternehmen eine wichtige Rolle. Immer noch erfahren insbesondere Frauen in Führungspositionen die Grenzen des beruflichen Fortkommens, sobald sie z.B. nach der Elternzeit wieder in den Betrieb zurückkehren. Vor allem wenn dazu noch der Wunsch nach "Führung in reduzierter Vollzeit" hinzukommt. Immer noch sind Führungspositionen und Aufsichtsgremien hauptsächlich männlich besetzt, so dass vielmals der Blickwinkel auf familienorientierte Personalpolitik ebenso „einseitig“ geprägt ist.

In einer „familienfreundlichsten Wirtschaftsregion“ ist vor allem ein Umdenken in der Wirtschafts- und Gesellschaftskultur gefordert. Die Personalpolitik muss eine vielfältige und gemischte Stellenbesetzungsstruktur unterstützen, um Männern mehr Familie und Frauen mehr Führung zu ermöglichen.

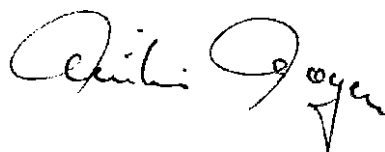
Hierzu gibt es in der Metropolregion eine hervorragende Initiative: Die „Nürnberger Resolution“ fordert u.a.

- entsprechend dem norwegischen Modell im Aktiengesetz festzulegen, dass die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften bis zum Jahr 2013 **jeweils** mindestens zu **40 Prozent mit Frauen und Männern** besetzt sein müssen,
- die Definition von **Qualifikationsstandards** für männliche und weibliche Aufsichtsratsmitglieder und die entsprechende gesetzliche Verankerung,
- den Aufbau und die Weiterentwicklung einer zentralen **Datenbank**, in die sich alle potentiellen Aufsichtsratsmitglieder eintragen können und
- ein **Gleichstellungsgesetz** für die Privatwirtschaft u.a. zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen

- 3 -

Als eine der größten Arbeitgeberinnen hat die Stadt Nürnberg bereits mit Stadtratsbeschluss vom 21.10.2009 die Besetzung der kommunalen Aufsichtsgremien geregelt. Diese sollen ab 2014 mit mindestens 40% Frauen besetzt werden. Auch die Deutsche Telekom stellt sich mit einem Bekenntnis für gemischte Strukturen den Herausforderungen der Zeit und führt als erstes Dax-30-Unternehmen eine Frauenquote für die Führung ein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Vogel'.

Christian Vogel
Vorsitzender